Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postscheckkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtgirokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Eingesandt 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellengesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. V.: Oberregierungsrat Hans Block in Dresden.

Nr. 67 | Dresden, Freitag, 20. März | 1925

Die Lohnsteuer vor dem Reichstag.

Sitzung vom 19. März.

Die Genehmigung zur Vernehmung des Abg. Scheidemann (Soz.) als Zeugen vor dem Schwurgericht in Weimar wird versagt. Die Genehmigung zur Vernehmung der Abgg. Stampfer und Braun (Soz.) im Rothardt-Prozeß wird erteilt.

Abg. **Bell** (Z.) stellt als Berichterstatter fest, daß im Rothardtprozeß das öffentliche Interesse an der Klarstellung der Vorgänge so groß sei, daß auch die Reichstagsabgeordneten während der Parlamentszeit als Zeugen vernommen werden müßten. Die Zahl der zu vernehmenden Reichstagsabgeordneten sei aber in der letzten Zeit so stark gewachsen, daß eine bedenkliche Kollision zwischen dem Rechtsinteresse und dem parlamentarischen Interesse entstanden sei. Es wäre ein unmöglicher Zustand, daß viel Abgeordnete auf diese Weise an wichtigen Abstimmungen nicht teilnehmen können. In Zukunft werde die Genehmigung nur noch bei außerordentlich wichtigen Angelegenheiten erteilt werden.

Auf der Tagesordnung steht dann die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über

die vorläufige Regelung des Haushaltsplanes für 1925.

Der Ausschuß hat der Vorlage zugestimmt.

Abg. **Stücklen** (Soz.) berichtet: Der Ausschuß empfiehlt die Annahme einer Entschließung, die die Reichsregierung ersucht,

bei der Umstellung der Deutschen Werke alle Maßnahmen zu ergreifen, die bei möglichster Erhaltung der Arbeitsgelegenheit geeignet sind, die Reichsinteressen in vollem Umfange zu wahren. Die für diese Umstellung unerläßlichen Mittel sollen von der Reichsregierung mit Genehmigung des Haushaltsausschusses des Reichstages zur Verfügung gestellt werden.

Der Notetat soll bis zum 31. Mai d. J. befristet werden. Die Deutschen Werke stehen nicht so schlecht da, wie dies in der Öffentlichkeit angenommen wird. Man war im Ausschuß der Meinung, daß alles getan werden müsse, um die in den Deutschen Werken investierten großen Vermögenswerte vor Verlusten zu bewahren.

Die Abgg. **Müller-Franken** (Soz.) und Gen. beantragen den Zusatz,

daß vom 1. April 1925 ab der steuerfreie Betrag monatlich 100 M. und wöchentlich 24 M. betragen soll.

Abg. **Stöcker** (Komm.): Wir sprechen bei dieser Gelegenheit der Regierung Luther unser schärfstes Mißtrauen aus.

Die ersten Paragraphen der Vorlage werden gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Abg. **Meier-Baden** (Soz.): Wir müssen zunächst feststellen,

daß elf Monate des Etatsjahres 1,5 Milliarden mehr an Steuern erbracht haben, als im Gesamtetat für zwölf Monate vorgesehen war.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie war das möglich, und aus welchen Steuerquellen sind diese 1,5 Milliarden Überschuß geflossen? Bei Prüfungen des Etats ergibt sich, daß Lohn- und Umsatzsteuer, Zölle und Verbrauchssteuern nahezu restlos den Überschuß liefern. Wenn wir den Monat März noch hinzunehmen, so werden wir feststellen können,

daß allein die Lohnsteuern den Etat der Einkommensteuer decken dürften und daß das Aufkommen der Nichtlohn- und Gehaltsempfänger gar nicht mehr dazu notwendig ist.

von Monat zu Monat mit einer einzigen Ausnahme ist fortgesetzt eine gesteigerte Einnahme aus der Lohnsteuer erzielt worden. Im April 1924 erbrachte sie 79,5 Mill., im Januar 1925: 126 Mill. (Hört, hört! bei den Soz.)

Der Steuerfiskus hat also ohne Rücksicht auf die Gestaltung der Lebenshaltung den Lohn- und Gehaltsempfängern das bißchen, was sie sich an Löhnen im Laufe des Jahres erkämpft hatten, weggesteuert. Das ist sozial und steuerrechtlich ein unerträglicher Zustand.)

(Lebhafter Beifall bei den Soz.) Unser Antrag hat den Zweck, diesen Zustand zu beseitigen.

Das Finanzministerium will sämtliche Kapitalsteuern abbauen; es denkt dagegen nicht daran, die Freigrenze der Klassen der Lohn- und Gehaltsempfänger heraufzusetzen.

(Hört, hört! bei den Soz.) Der Staatssekretär erklärte damals, daß der sozialdemokratische Antrag, die Freigrenze von 60 auf 100 M. festzusetzen, einen Steuerausfall von 600 Mill. bedeuten würde, den das Reich jetzt nicht tragen könne. Die 600 Mill., die Herr Poppitz als Ausfall errechnet hat, werden der Kaufkraft der breiten Schichten unseres Volkes entzogen. Das ist sozial gesehen um so unerträglicher, als das Finanzministerium die Absicht hat, sämtliche Kapitalsteuern deswegen abzubauen, weil der deutschen Wirtschaft wieder die Möglichkeit der Kapitalbildung gegeben werden soll.

Ist dem Finanzminister nicht bekannt, daß in der Vorkriegszeit die deutschen Sparkassen nicht unerheblich zur Kapitalsbildung beigetragen haben?

Ist dem Finanzministerium nicht bekannt, daß selbst das Ausland bittere Bemerkungen über die unsoziale Gestaltung unserer Steuergesetzgebung gemacht hat? Das geradezu grausame Unrecht der jetzigen Lohnsteuer besteht darin, daß man ohne Rücksicht darauf, ob der Lohn- und Gehaltsempfänger das ganze Jahr in Arbeit steht und ein bestimmtes Einkommen hat, ihn in dem Augenblick zur Einkommensteuer heranzieht, wo er über die Freigrenze hinaus verdient hat. Wenn Sie Verständnis für das soziale und steuerliche Unrecht haben, das im gegenwärtigen Einkommensteuergesetz vorhanden ist, werden Sie unserem Antrag zustimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Reichsfinanzminister v. Schlieben: Der Antrag will eine Frage regeln, die ein Kernpunkt des großen Steuerprogramms der Regierung ist, das in nächster Zeit erledigt werden soll. Es scheint mir nicht angängig, eine allerdings sehr wichtige Frage aus diesem Steuerprogramm vorweg zu nehmen und in ein Gesetz hineinzubringen, das nur auf drei Monate beschränkt ist. Die Einkommensteuer fließt zu 90 Proz. den Ländern zu. Wird der Antrag angenommen, so werden die Einnahmen der Länder und Gemeinden so beschränkt, daß sie ihre öffentlichen Aufgaben nicht mehr erfüllen können.

Die Landesregierungen würden daher genötigt sein, im Reichsrat den Beschluß zu fassen, daß gegen diesen Notetat Einspruch erhoben wird.

Abg. Dr. **Brüning** (Z.): Durch neue Ausgaben und die geplante Herabsetzung der Besitzsteuern ist die Gefahr einer größeren Belastung der breiten Massen gegeben.

Abg. Dr. **Hertz** (Soz.): Die Erklärung der Reichsregierung zeigt klar, daß sie sich nicht mehr an die Versprechungen gebunden erachtet, die in der offiziellen Erklärung der Reichsregierung abgegeben worden sind. Das Reichsfinanzministerium sieht der ständig steigenden Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger ruhig zu.

Wenn unser Antrag erst dem Steuerausschuß überwiesen wird, so bedeutet das, daß die Lohnsteuer in einer zu Unrecht heraufgeschraubten Höhe noch auf viele Monate hinaus erhoben wird.

Der Einwand, daß die Länder und Gemeinden durch die Senkung der Lohnsteuer in Schwierigkeiten kommen, ist nicht stichhaltig. Die Lohnsteuer bringt über Erwarten hohe Beträge, mit denen auch die Länder nicht rechnen konnten.

Unser Antrag liegt dem Reichstag bereits seit fast drei Monaten vor. Die Sozialdemokratische Fraktion hat mehrfach den Versuch gemacht, die Regelung dieser Frage durchzusetzen, sie hat dabei keine Unterstützung gefunden.

Auch das Reichsfinanzministerium hat in seinen Steuerplänen nicht einen einzigen Vorschlag über die Senkung der Lohnsteuer gemacht. (Beiall bei den Soz.)

Abg. Dr. **Scholz** (Dt. Vp.) erhebt grundsätzlich Einspruch gegen den sozialdemokratischen Antrag.

Abg. Dr. **Fischer-Köln** (Dem.) stimmt grundsätzlich dem sozialdemokratischen Antrage zu.

Abg. **Reil** (Soz.): Der Abg. Dr. Fischer-Köln hat vorhin mit Recht betont, daß vorwiegend formale Einwände gegen den Antrag erhoben werden. Wir wollen diesen formalen Einwänden Rechnung tragen und uns damit einverstanden erklären, daß der Antrag getrennt von dem Notetat weiter behandelt und erledigt wird. Wir gehen aber davon aus, daß dieser Antrag als selbständiger Antrag schon jetzt an den Steuerausschuß verwiesen und dort vielleicht schon morgen beraten wird.

Die Ermäßigung muß mit dem 1. April in Kraft treten.

Es wird auch in einer Frist von 10—12 Tagen möglich sein, die Vorbereitungen zu einer veränderten Berechnung der Lohnsteuer zu treffen.

Der Antrag Müller-Franken (Soz.) wird dem Steuerausschuß überwiesen.

Abg. **Dißmann** (Soz.): Wir stimmen der Entschließung des Haushaltsausschusses zu, wonach die Reichsregierung ersucht werden soll, für die Deutschen Werke Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Entschließung sagt aber nicht, wie die Umstellung der Deutschen Werke geplant ist. Die Arbeitslosigkeit hat leider heute noch einen so großen Umfang, daß wir jede Arbeitsgelegenheit aufrechterhalten müssen. Der nicht stillgelegte Teil der Betriebe der Deutschen Werke steht durchaus musterhaft da. Ist es ein Vorwurf, wenn jetzt die Deutschen Werke Betriebskapital notwendig haben? Auch die AEG., die Siemens-Werke, der Haniel-Konzern, also die finanziell am besten fundierten Werke, mußten nach Abschluß der Inflationsperiode sich Kredite als Betriebskapital zu verschaffen suchen.

Es darf keine Rede davon sein, daß sich etwa das Privatkapital auf Hintertreppen Eingang verschafft, um zur Mehrheit der Aktien zu gelangen und dann die ungeheuren Werte, die in den Deutschen Werken ruhen, für sich zu beanspruchen. Die Deutschen Werke müssen im Reichsbesitz bleiben. (Sehr wahr! bei d. Soz.)

Nicht Verschleuderung des Reichsguts, sondern Erhaltung, nicht Entlassung der Arbeitnehmer, sondern Erhaltung der Arbeitskraft und Weiterbeschäftigung. Das sind die Gesichtspunkte, die uns leiten, dem Antrage zuzustimmen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.).

Abg. **Erfing** (Z.): Im Vorjahre habe das Reich 18 Millionen in die Deutschen Werke gesteckt, jetzt werden wieder 30 bis 40 Millionen gefordert. Da könne die Privatindustrie nicht ruhig zusehen.

Abg. **Brüninghaus** (D. V.p.) erklärt, die Frage der Deutschen Werke müß mit aller Ruhe und Sachlichkeit behandelt werden. Seine Partei werde sich unter keinen Umständen dazu hergeben, dauernd Unsummen in ein Faß ohne Boden zu werfen.

Der Notetat wird dann in zweiter Beratung angenommen. Über die Entschließung, betreffend die Deutschen Werke, wird erst in dritter Lesung abgestimmt.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs

zur Regelung des Finanzausgleichs

im ersten Halbjahr 1925. Durch die Vorlage wird lediglich der geltende Finanzausgleich bis zum 30. September verlängert, zu welchem Zeitpunkt dann der endgültige Finanzausgleich in Kraft treten soll.

Abg. **Junke** (Soz.) erklärt, seine Fraktion könne keinerlei Bindung über den Finanzausgleich eingehen und behalte sich volle Handlungsfreiheit vor.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Das Haus setzt dann die am Mittwoch abgebrochene Beratung über den Antrag des Wohnungsausschusses betr.

Mieterschutz usw.

fort. Verbunden damit werden der sozialdemokratische Antrag über ein Wohnungsprogramm und der deutschnationale Antrag über die Verwendung der Hauszinssteuer.

Abg. **Lipinski** (Soz.): Wir lehnen die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft ab, wollen aber mit unseren Vorschlägen aus dem Wohnungselend herausführen.

Die Forderung einer 100prozentigen Friedensmiete ist ungerecht.

Die Hypotheken sind bis auf 15 Prozent abgewertet worden; würde da die volle Friedensmiete wieder eingeführt, so könnte mit den Wohnungen ein ungeheurer Wucher getrieben werden. Früher hat der Hausbesitz jährlich 250 Millionen Hypothekenzinsen zahlen müssen, jetzt gibt es überhaupt nur noch Hypotheken im Gesamtbetrage von 775 Millionen, für die gegenwärtig nur 15 Millionen Zinsen zu zahlen sind. Wer die volle Friedensmiete wieder einführen will, unterstützt den Wohnungswucher. (Widerspruch bei den Demokraten.) Selbst bei einer Aufwertung bis 20 Prozent, über die die Regierung nicht hinausgehen will, würde die volle Friedensmiete Wucherbedeuten.

Es ist durchaus nicht ausgemacht, daß allein durch die freie Wohnungswirtschaft für genügenden Wohnungsbau gesorgt werden könnte. Eine sächsische Statistik berechnet, daß auf 1000 Einwohner 17 Wohnungen fehlen; nach dieser und nach anderen Berechnungen kommt man im ganzen Reiche auf einen Wohnungsmangel von 1200000 Wohnungen. Die freie Wohnungswirtschaft ist schon deshalb unmöglich weil sie nicht genug Privatkapital bekommen kann oder nur so teures Kapital, daß die Wohnungspreise so hoch werden, daß die Woh-

Beneschs Sicherheitsvorschläge.

Günstige Aufnahme in England.

London, 20. März.

Der politische Berichterstatter der „Daily Mail" glaubt, daß der Plan des tschechoslowakischen Ministers Benesch betr. zwei besondere Gruppen von Paktensympathische Erwägung gefunden habe und daß Chamberlain beim Kabinett darauf dringen werde, daß es seinen ganzen Einfluß für das Zustandekommen einer Konferenz zwischen Deutschland und Frankreich geltend mache. Daß die Vereinigten Staaten, wenn auch nur in beratender Eigenschaft an den Verhandlungen teilnehmen, sei äußerst wünschenswert.

Bezüglich der Washingtoner Abrüstungskonferenz heiße es, daß augenblicklich keine Verständigung zwischen Großbritannien und Frankreich in der heiklen Frage der Einschränkung des Unterseebootsbaues zu erzielen und daß auch Chamberlain nicht in der Lage sei, zu erklären, daß eine Verständigung in Aussicht stehe. Die kleine Entente und die östlichen Staaten übten einen beträchtlichen Druck auf Frankreich aus, damit es eine weniger negative Haltung einnehme. Die Tatsache, daß es Neigung zeige, mit Deutschland zusammen zu arbeiten, werde als hoffnungsvolles Zeichen angesehen.

*

Anfragen deutscher Abgeordneter im Prager Parlament.

Prag, 19. März.

Deutsche Abgeordnete haben unter Hinweis auf die in die Öffentlichkeit gedrungenen Nachrichten über das deutsche Garantieangebot und über die Äußerungen des tschechoslowakischen Ministers Dr. Benesch über die Ergebnisse der Genfer und Pariser Besprechungen eine dringliche Interpellation eingereicht, in der sie an den Minister des Äußeren folgende Fragen richten:

1. Ist der Minister bereit, im Auswärtigen-Ausschuß nach seiner Rückkehr einzehenden Bericht über seine Stellungnahme bei den Genfer und Pariser Besprechungen zu erstatten?

2. Hat der Minister des Äußeren Kenntnis von dem genauen Inhalt des deutschen Garantieangebots erhalten und ist er in der Lage, eine Mitteilung darüber zu machen?

3. Ist sich der Minister dessen bewußt, daß der Erfolg aller auf Erzielung des europäischen Friedens gerichteten Bemühungen in erster Linie durch die Befriedung der deutschen Minderheiten in Mitteleuropa bedingt ist? —

Minister Benesch wird, wie verlautet, am Montag im Auswärtigen Ausschuß einen Bericht über die außenpolitische Lage erstatten.

*

Ein englischer Schritt in Berlin?

Paris, 19. März.

In politischen Kreisen verlautet, daß die englische Regierung auf Grund der Zusicherungen, die Herriot dem Außenminister Chamberlain gab, in Berlin einen Schritt unternehmen ließ, damit die deutsche Regierung ihrem Garantieangebot die Form eines konkreten und genauen Vorschlages gebe. Der französische Ministerpräsident soll Chamberlain gegenüber erklärt haben, daß seine Regierung bereit ist, das deutsche Angebot ernsthaft zu prüfen, wenn es sich wirklich um einen Vorschlag der deutschen Regierung und nicht um einen auf London zurückgehenden Sondierungsversuch handle.

SLUB
Wir führen Wissen.